

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	13.11.2012	öffentlich
Psychiatriebeirat	14.11.2012	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Ergebnisse des Modellprojekts "Frühwarn- und Frühinterventionssystem zur Vermeidung und Bewältigung psychiatrischer Krisen" mit dem Ziel der Reduzierung von zwangsweisen Unterbringungen nach dem PsychKG NRW

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Sozial- und Gesundheitsausschuss am 09.12.2008 (6099/2004-2009),
11.05.2010 (0344/2009-2014), 11.10.2011 (3128/2009-2014)

Sachverhalt:

Mit der Vorlage 0344/2009-2014 hatte die Verwaltung über den Start des Modellprojektes „Frühwarn- und Frühinterventionssystem zur Vermeidung und Bewältigung psychiatrischer Krisen“, berichtet. Das Projekt wird vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW (MGEPA) gefördert. Zu den Zielen des Projektes gehören insbesondere:

- Verbesserung der Hilfeprozesse zur Bearbeitung psychiatrischer Krisen in Bielefeld
- Systematische Weiterentwicklung der Prävention, Intensivierung des Krisenmanagements und Sicherstellung des Nachsorgeangebots für Menschen mit psychischen Erkrankungen
- Verbesserung des Informationsangebotes über Zugangswege und Hilfen bei entstehenden psychischen Krisen.

Die Projektsteuerungsgruppe, die mit Vertreter/innen der Stadt Bielefeld, der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bethel, Ev. Krankenhaus Bielefeld, des Psychosozialen/sozialpsychiatrischen Krisendienstes (Träger PariSozial in Kooperation mit dem Ev. Krankenhaus) sowie des Trägers der Präventionsstelle *Kontakt aktiv* besetzt ist, trifft sich regelmäßig, um jeweils die nächsten Schritte zur Umsetzung der geplanten Module festzulegen. Die Leitung obliegt Frau Dr. Delius, Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt.

Die einzelnen Module zur Umsetzung des Projektes wurden in der Vorlage 3128/2009-2014 erläutert. Da das Modellprojekt zum 28. Februar 2013 ausläuft, soll hier über den Sachstand der einzelnen Projektbausteine und ihrer Ergebnisse berichtet werden.

Bisherige Projektergebnisse

Fachtagungen

Wesentliche Impulse zur Ausgestaltung des Modellprojektes und der Kooperationserklärung kamen aus den **berufs- und trägerübergreifenden Fachtagungen**. Diese wurden für Menschen

mit Psychiatrieerfahrung, Angehörige und Professionelle des Hilfesystems zu verschiedenen Themenschwerpunkten des Umgangs mit psychiatrischen Krisen durchgeführt. Dabei wurde eine Fachtagung ausschließlich von Psychiatrie-Erfahrenen gestaltet:

- 7. September 2011, „Psychiatrische Krisen ohne Zwang“
- 21. März 2012, „Hilfe?! Was tun in psychiatrischen Krisen? Sichtweisen Psychiatrie-Erfahrener“
- 2. Mai 2012, „Wie kann die Eskalation psychiatrischer Krisen bei Menschen mit rechtlicher Betreuung verhindert werden?“

Um eine nachhaltige Wirkung der Vereinbarungen über das Ende des Modellprojektes hinaus sicherzustellen, ist eine vierte Fachtagung mit den Unterzeichner/innen der Kooperationserklärung (Näheres siehe unten) im Januar 2013 geplant.

Ärztliche Krisenintervention nachts sowie an Wochenenden und Feiertagen

Der ärztliche Bereitschaftsdienst im Rahmen des Modellprojektes hat im Mai 2011 seine Arbeit aufgenommen. Bis Mitte September 2012 gab es insgesamt 118 Einsätze der Bereitschaftsärzte und -ärztinnen in Krisensituationen nachts bzw. an Wochenenden und Feiertagen.

Wenn keine Ärztin/kein Arzt zur Klärung der Krise erreicht werden kann, muss die/der Betroffene zur fachlichen Diagnostik und ggf. Ausstellung eines ärztlichen Zeugnisses durch die Polizei im Rahmen der Ingewahrsamnahme gem. § 35 Abs.1 Nr. 1 Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen (PolG NRW) in die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bethel des Ev. Krankenhaus Bielefeld gGmbH gebracht werden. Dort wird fachärztlich festgestellt, ob die Voraussetzungen für eine Unterbringung nach § 14 PsychKG NRW vorliegen. Ist dies der Fall, kann auf dieser Grundlage die ordnungsrechtliche sofortige Unterbringung ohne vorherige gerichtliche Entscheidung vorgenommen werden. Dabei ist bis zum Ende des nächsten Tages eine gerichtliche Überprüfung der Notwendigkeit der Unterbringung erforderlich.

Bei der Bewertung der vorgenommenen sofortigen Unterbringungen gem. § 14 PsychKG NRW müssen insofern auch die Ingewahrsamnahmen gem. § 35 PolG NRW dazu gezählt werden. Die Gesamtzahl der PsychKG-Unterbringungen und der Ingewahrsamnahmen ist, wie aus der Tabelle ersichtlich, für 2010 und 2011 relativ konstant geblieben. Durch den Einsatz der Bereitschaftsärztinnen/-ärzte konnte aber die Zahl der Vorführungen in der Klinik mittels Ingewahrsamnahme deutlich reduziert werden.

Entwicklung der PsychKG-Unterbringungen in Bielefeld in absoluten Zahlen

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Anordnungen PsychKG	748	666	670	533	509	510	459	510	502	568	502	491	520
In Gewahrsam-nahme nach § 35 Pol. Gesetz NRW											76	53	26

Ein Ziel des Modellprojektes, nämlich die Verringerung der zwangsweisen PsychKG-Unterbringungen, konnte noch nicht erreicht werden. Die eingeleiteten Maßnahmen des Modellprojektes werden sicher erst in den nächsten Jahren ausreichend greifen und überprüfbar sein.

Erschwerend kommt in diesem Zusammenhang die Änderung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Ablehnung betreuungsrechtlicher Zwangsbehandlung hinzu (siehe Mitteilung für den SGA am 28.08.2012). Dies kann zu einer Zunahme der Unterbringungen nach § 14 PsychKG NRW für die Menschen führen, bei denen bisher mit betreuungsrechtlichen Maßnahmen gem. § 1906 Abs. 1 Nr. BGB auf eine beginnende psychiatrische Krise reagiert

wurde.

Präventionsstelle *Kontakt Aktiv*

Die Präventionsstelle *Kontakt Aktiv* hat im Juli 2011 ihre Arbeit aufgenommen. Bis zum 15.10.2012 wurden durch sie 28 Personen aktiv betreut, die bislang keine oder nur sehr wenig Anbindung an das Regelhilfesystem haben und bei denen eine Fremd- oder Selbstgefährdung ohne aufsuchende Hilfe droht. Davon konnten sechs Personen neu ins das Regelhilfesystem vermittelt werden. Zwei Personen befinden sich im laufenden Hilfeplanverfahren. Die Arbeit der Präventionsstelle endet mit Ablauf des Modellprojektes.

Kooperationserklärung

Die noch bessere Vernetzung der am Hilfesystem Beteiligten sowie die Optimierung von Schnittstellen sind ein wesentlicher Ansatz für die gewünschte Verbesserung der Hilfeprozesse. Im Rahmen des Modellprojektes wurde daher der **Kooperationskreis Prävention** einberufen (darin vertreten: Polizei, Feuerwehr, Krisendienst, Sozialpsychiatrischer Dienst, ambulante und stationäre Eingliederungshilfe, Betreuungsstelle, rechtlichen Betreuer/-innen, Verein Psychiatrie-Erfahrener Bielefeld und Wohnungsgesellschaften).

Hier wurde eine trägerübergreifende **Kooperationserklärung** erarbeitet und an einen breiten Kreis von Institutionen versandt. In zwei Infoveranstaltungen wurde die Kooperationserklärung zum einen Leitungskräften der ambulanten und stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe und zum anderen rechtlichen Betreuer/-innen vorgestellt. Bis Mitte Oktober 2012 sind bereits 96 Akteure beigetreten; weitere sollen gewonnen werden.

Die Kooperationserklärung hat zur Aufgabe, für die Bereiche **Prävention, Krisenmanagement** und **Nachsorge** Kooperationsstrukturen und Handlungsleitlinien zwischen allen Akteuren in Bielefeld zu optimieren. Dabei geht es insbesondere um folgende Ziele:

- Verbesserung der Informationsvermittlung über Zugangswege zum Hilfenetz
- Optimierung der Versorgungsqualität zur Vermeidung der Eskalation von psychischen Krisen
- Verbindliche gute Zusammenarbeit aller Akteure bei der Krisenintervention
- Stärkere Einbeziehung der Betroffenen und Angehörigen bei der Bewältigung der Krisen
- Verstärkte Fortbildung in den Einrichtungen und Diensten möglichst unter Beteiligung Psychiatrie-Erfahrener als Referent bzw. Referentin

In der konkreten Fallarbeit sollen anbahnende Krisen frühzeitig erkannt werden. Mit gemeinsam abgesprochenen Maßnahmen soll eine Verschlimmerung verhindert und eine Bewältigung gefördert werden. Zur praktischen Umsetzung sind im Anhang der Kooperationserklärung mehrere Instrumente entwickelt worden:

- *Krisenleitfaden*
- *Checkliste zur Krisenintervention* für Dienste und Einrichtungen der Eingliederungshilfe
- *Gemeinsamer Krisenplan* mit *Erläuterung* und
- *Behandlungsvereinbarung* und *Vorsorgevollmacht* für die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bethel der Ev. Krankenhaus Bielefeld gGmbH.

Um die Nachhaltigkeit der Arbeitsinhalte auch über das Ende des Modellprojektes hinaus sicherstellen zu können, sollen die Erfahrungen in der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Kooperationserklärung einmal im Jahr gemeinsam mit den beigetretenen Akteuren ausgewertet werden.

Wegweiser „Hilfen bei psychischen Krisen“

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde der **Wegweiser „Hilfen bei psychischen Krisen“** erstellt. Anhand von sieben Fallbeispielen werden in ihm mögliche Umstände von psychosozialen und psychiatrischen Krisen verdeutlicht. Im Anschluss an die Darstellung der Fallbeispiele werden die professionellen Dienste und Einrichtungen aufgeführt, an die sich Betroffene und Angehörige mit ihren Fragen wenden können. Dieser Wegweiser wurde im Oktober 2012 veröffentlicht und ist für die Bielefelder Bevölkerung an öffentlichen Orten (bei Ämtern, Arztpraxen, Apotheken und Wohnungsbaugesellschaften sowie der städtischen Bürgerberatung) erhältlich und kann im Internet unter der Homepage der Stadt Bielefeld (www.bielefeld.de) und der Homepage des TRIALOG (www.psychiatrie-bielefeld.de) heruntergeladen werden. Die 1. Auflage in Höhe von 3000 Exemplaren ist allerdings bereits vergriffen. Eine zweite Auflage wird angestrebt.

Fazit

Nach der Einschätzung der Mitglieder der Steuerungsgruppe und den bisherigen Rückmeldungen von Akteuren, die Menschen in psychiatrischen Krisen begleiten, haben die Aktivitäten des Modellprojektes die Qualität der Krisenbearbeitung in Bielefeld bereits verbessert. Viele der jetzt eingeleiteten Maßnahmen werden aber frühestens im nächsten Jahr ihre Wirksamkeit entfalten können. Im Rahmen der Evaluation des Projektes wird die Verwaltung zu gegebenen Zeit neu berichten.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann bereits festgestellt werden, dass der Einsatz der Bereitschaftsärzte/-innen außerhalb der Dienstzeiten des Sozialpsychiatrischen Dienstes die Qualität der Krisenbearbeitung verbessert hat. Der Verein der Psychiatrieerfahrenen hat deshalb hierzu eine Stellungnahme abgegeben und um dauerhafte Beibehaltung dieses Projektbausteins gebeten (siehe Anlage 1). Zur Fortsetzung des Einsatzes der Bereitschaftsärzte/-in nach Beendigung des Modellprojektes fehlen aber derzeit die finanziellen Mittel.

Beigeordnete

Anja Ritschel

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.